

Bündnis **Nazifrei! - Dresden stellt sich quer**

E-Mail: presse@dresden-nazifrei.com

URL: www.dresden-nazifrei.com

Telefon: 0177 5199 826



Pressemitteilung

Dresden, 05.10.2011 – Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages hält sächsischer Staatsregierung Spiegel vor + + + Verfahren gegen Blockierer_innen müssen fallen gelassen werden + + + Gesetze dürfen nicht durch Ideologie ersetzt werden

Aus einem Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages geht hervor, dass rund um den 13. Februar 2011 kein Versammlungsgesetz zur Anwendung kommen kann. Das Bündnis „Nazifrei! - Dresden stellt sich quer“ sieht sich in seiner Rechtsauffassung bestätigt:

„Wie ein vom sächsischen Landesverfassungsgericht kassiertes Versammlungsgesetz Grundlage von Ermittlungen sein kann, war uns schon immer schleierhaft. Selbstherrlich baute die Staatsregierung ihr ideologisches Kartenhaus auf ein verfassungswidriges Gesetz, um damit vermeintliche Verfassungsfeinde zu drangsalieren. Die Staatsanwaltschaft hat sich mit ihren rechtswidrigen Ermittlungen endgültig blamiert. Die längst überfällige Konsequenz ist die sofortige Einstellung der Verfahren.“, so Bündnissprecherin Franziska Radtke.

Besonders hervorgerufen haben sich in den letzten Tagen Abgeordnete von CDU und FDP, die im Chor mit NPD und BILD die engagierten Antifaschist_innen wahlweise als linksradikale Gewalttäter, Extremisten, Terroristen, Demokratiefeinde und Verbrecher bezeichneten. Das Bündnis „Nazifrei! - Dresden stellt sich quer“ geht juristisch gegen diese Anfeindungen vor.

„CDU und FDP schämen sich nicht einmal dafür, Hand in Hand mit den Nazis der NPD die Immunität von Abgeordneten aufzuheben, nur um ihr Konstrukt aufrecht zu erhalten. Nach geltendem Recht fragt in Sachsen spätestens seit dem Datenskandal anscheinend keiner mehr.“, kritisiert die Bündnissprecherin.

In einer an Hexenjagd grenzenden politischen Schmutzkampagne geht die sächsische Staatsregierung seit Monaten gegen engagierte Demokraten vor und schreckt dabei nicht vor Gesetzesbeugungen, Rasterfahndungen und Bürgerrechtsverletzungen zurück.

„Es entsteht nicht zum ersten Mal der Eindruck, dass der Sächsischen Staatsregierung marschierende Nazis lieber sind als eine sich pluralistisch und demokratisch engagierende Zivilgesellschaft.“, kommentiert Radtke.

Um die Aktivierungskonferenz am 07./08. Oktober im Hörsaalzentrum der TU Dresden hatte es Irritationen gegeben. Die Aktivierungskonferenz wird stattfinden.

Pressekontakt: presse@dresden-nazifrei.com

Telefon: 0177 5199 826